



Vorfahrt für flüssigen Verkehr: In Haslachs Schwarzwaldstraße längs der Schwarzwaldbahn gilt dies in Stoßzeiten allerdings nur für den Schienenverkehr.

Foto: Manfred Pagel

Entscheidend ist die Planfeststellung

B-33-Umfahrung Haslachs erst ab 2025? / Abgeordnete sehen noch Chancen für früheren Baubeginn

VON MANFRED PAGEL

Haslachs B-33-Umfahrung ist in weite Ferne gerückt. Im Stuttgarter Innenministerium hat man die Baupläne für den Zeitraum nach 2025 eingestuft (wir berichteten). Die beiden Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises, Peter Weiß (CDU) und Alexander Bonde (Bündnis 90/Grüne), bewerten die neue Lage unterschiedlich.

■ **Kommt für Sie die Einstufung der Umfahrung in die niedrigste Kategorie überraschend oder war das abzusehen beim zu niedrigen Budget des Verkehrsministeriums für den Bau von Bundesverkehrswegen im Land?**

PETER WEIß: Der Bund und nicht das Land bestimmt, wann welche Bundesfernstraße gebaut wird. Insofern ist die Prioritätenliste des Innenministeriums Baden-Württemberg nicht verbindlich. Ich wundere mich, dass eine solche Liste mit einer so langen Laufzeit überhaupt aufgestellt wird. Die Ortsumgehung ist zwar im vordringlichen Bedarf des Bundesver-



Alexander Bonde (Grüne).

kehrswegeplanes enthalten, aber es liegt noch keine Planfeststellung vor. Solange das so ist, kann gar nicht gebaut werden. Das ist das eigentliche Problem und nicht irgendeine Prioritätenliste.

ALEXANDER BONDE: Es war notwendig, dass die Landesregierung endlich eigene Prioritäten für den Bau von Bundesverkehrswegen benennt. Die Priorisierung ist für mich angesichts der Verkehrssituation in Haslach aber nicht nachvollziehbar. Ich hoffe, dass es sich für Haslach jetzt nicht rächt, dass man sich in der

Mehrheit nie auf die kostengünstigere und ökologisch verträglichere Variante der Überplanung der bestehenden Trasse eingelassen, sondern ausschließlich auf die teure Neubau-Lösung gesetzt hat.

■ **Rechnen Sie jetzt noch mit einem Planfeststellungsverfahren vor 2015?**

WEIß: Ob und wann es zu einem Planfeststellungsverfahren für die Ortsumgehung kommt, hängt einzig und allein vom Fortschritt der vorbereitenden Planungsarbeiten, von

»Helmut Rau und ich sind in gutem Kontakt mit dem Innenministerium Baden-Württemberg«

der Einigung über eine Trassenführung und natürlich auch den Finanzen für die Planung ab. Helmut Rau und ich bemühen uns darum, dass diese vorbereitenden Arbeiten fortgeführt werden können. Wir sind dazu in gutem Kontakt mit dem Innenministerium Baden-Württemberg.

BONDE: Wenn die Priorisierungen von der Landesregierung nicht verändert werden, dann kaum.

■ **Die Einnahmen des Bundes steigen dank des Konjunkturaufschwungs. Wie hoch sind die Chancen, dass das zusätzliche Geld in der Bundeskasse in Projekte wie Haslachs Umfahrung investiert werden könnte?**

WEIß: Schon mit dem Entwurf zum Bundeshaushalt 2008 schlägt die Bundesregierung vor, Mittel für Verkehrsinfrastruktur über die ursprünglichen Ansätze der mittelfristigen Finanzplanung hinaus anzuheben. Wenn die gute Einnahmewicklung anhält, bin ich mir sicher, dass diese Mittel weiter angehoben werden.

BONDE: Wenn wir den Klimawandel bewältigen wollen, braucht das mehr Geld für Klima- und Umweltschutz. Das und die Familien- und Bil-

dungspolitik müssen die Ausgabenprioritäten sein.

Im Bereich Straße gibt es beim Bund einen erheblichen Bedarf in die Erhaltung bereits vorhandener Infrastruktur zu investieren, denn dies wurde die letzten Jahrzehnte auf allen Ebenen stark vernachlässigt. Ich sehe daher wenig Spielraum für zusätzliche massive Steigerungen für den Neubau von Straßen – zumal die Verschuldung des Bundes trotz zunehmender Steuereinnahmen exorbitant hoch ist.

■ **Im Haslacher Rathaus will man auf politischer Schiene eine Änderung der Einstufung erreichen. Wie schätzen Sie die Möglichkeit ein?**

WEIß: Wichtig für einen Bau der Ortsumgehung ist nicht, was ein Landesministerium sagt, sondern die Aufnahme in das Bauprogramm des Bundes. Der Bund stellt sogenannte Fünfjahrespläne auf, in denen alle die Straßenbaumaßnahmen aufgeführt sind, die in diesen fünf Jahren begonnen werden sollen. Im aktuellen Plan ist Haslach nicht enthalten, weil

»Da Haslach nicht in der Region Stuttgart liegt, wird es schwierig werden, Oettinger umzustimmen.«

nichts rechtskräftig planfestgestellt ist und deshalb gar nicht gebaut werden könnte. Der nächste Fünfjahresplan wird 2011 aufgestellt. Dann wird die eigentlich wichtige Entscheidung getroffen, ob wir in Sachen Haslach tatsächlich vorankommen.

BONDE: Das muss die CDU beantworten, die die Einstufung in Stuttgart verantwortet. Wenn man die Entscheidungen der Landesregierung in den letzten Jahren verfolgt, muss man sagen: Da Haslach nicht in der Region Stuttgart liegt, wird es wohl schwierig werden Günther Oettinger & Co umzustimmen.

■ **Im Stuttgarter Innenministerium verweist man auf den Bund, der das Land mit zu wenig Geld ausstattet, um die Projekte auf den Weg zu bringen. Gibt's Chancen, dass der Bundestag die offenbar überholte Zuweisungsregelung verändert?**

WEIß: Ich habe Bürgermeister Winkler bereits zugesagt, dass ich zu einem erneuten Strategiegespräch über die B-33-Umgehung nach Haslach komme. Dabei werden wir unsere gemeinsamen Aktivitäten abstimmen. Ich werde mich auf



Peter Weiß (CDU).

jeden Fall mit aller Kraft dafür einsetzen, dass wir Schritt für Schritt vorankommen. Sobald ein Planfeststellungsbeschluss vorliegt, werde ich alles daran setzen, dass diese Baumaßnahme auch in den nächsten Fünfjahresplan des Bundes aufgenommen wird.

BONDE: Es ist verständlich, dass die Landesregierung mal wieder die Schuldigen überall, nur nicht bei sich selbst sucht. Geholfen ist mit dem andauernden Schwarzer-Peter-Spiel aber keinem. Ich könnte es mir da als Opposition einfach machen. Aber die ehrliche Antwort lautet: Baden-Württemberg schneidet im Ländervergleich bei Mittelzuweisungen im Verkehrsbereich sehr gut ab.

Zudem hat die Landesregierung gerade erst millionenschwere Zusagen für »Stuttgart 21« vom Bundesverkehrsministerium erhalten. Ich kann mir kaum vorstellen, dass da der Rest der Republik Baden-Württemberg schon wieder eine Extrawurst zugestehen wird. Entscheidend ist und bleibt deshalb das Land, das entscheiden muss, wo welche Prioritäten gesetzt werden.